

# ZH\_OBERGERICHT PS210106 vom 31. August 2021

ZH Obergericht, 2021-08-31, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/zh\\_obergericht\\_PS210106](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/zh_obergericht_PS210106)

FR: ZH\_OBERGERICHT PS210106 du 31 août 2021

IT: ZH\_OBERGERICHT PS210106 del 31 agosto 2021

## Erwägungen

### E. 1.1

Am 31. Mai 2021 ging beim Bezirksgericht Dietikon (nachfolgend Vorinstanz) eine Klage nach Art. 85 SchKG von A. \_\_\_\_\_ ein (nachfolgend Beschwerdeführer). Er beantragte, dass die Betreuung für eine Forderung vom 26. Juni 2019 des Gemeindesteueramts B. \_\_\_\_\_ in Höhe von Fr. 51'162.95 einzustellen sei, da die Forderung vollständig bezahlt worden sei (vgl. act. 6/1-2). Die Vorinstanz wies die Klage mit Urteil vom 8. Juni 2021 ab (vgl. act. 3). Dagegen erhob der Kläger am 17. Juni 2021 Beschwerde beim Obergericht (vgl. act. 2). Die vorinstanzlichen Akten wurden von Amtes wegen beigezogen (act. 6). Von der Einholung einer Beschwerdeantwort kann abgesehen werden (vgl. Art. 322 Abs. 1 ZPO). Das Verfahren ist spruchreif.

### E. 1.2

Die Beschwerde ist gestützt auf Art. 319 lit. a ZPO in Verbindung mit Art. 309 lit. b Ziff. 4 ZPO zulässig. Mit der Beschwerde können die unrichtige Rechtsanwendung und die offensichtlich unrichtige Feststellung des Sachverhaltes geltend gemacht werden (Art. 320 ZPO).

### E. 2.1

Gemäss Art. 85 SchKG kann der Betriebene beim Gericht des Betreuungsortes die Aufhebung der Betreuung verlangen, wenn er durch Urkunden beweist, dass die Schuld samt Zinsen und Kosten getilgt oder gestundet ist. Zudem kann der Betriebene nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung über den Wortlaut hinaus auch geltend machen, dass die in Betreuung gesetzte Forderung gar nie bestanden hat. Den Nachweis der Tilgung, Stundung oder des Nichtbestehens der Betreuungsforderung kann der Schuldner nur durch strikten Urkundenbeweis erbringen. Die blosser Glaubhaftmachung ist nicht ausreichend, vielmehr ist der unmittelbare Beweis zu erbringen, ein Indizienbeweis genügt nicht (vgl. BGE 140 III 41 E. 3.2-3.4).

- 3 -

### E. 2.2

Zur Abweisung erwog die Vorinstanz, der Kläger behaupte die Tilgung der betriebenen Schuld, ohne in seiner Klagebegründung Urkunden als Beweismittel anzuführen oder beizulegen. Dem Kläger gelinge es somit von vornherein nicht, den urkundlichen Beweis zu erbringen, dass er die betriebene Forderung getilgt habe. Sodann erübrige sich eine Klage nach Art. 85 SchKG bei Zahlung der Schuld an das Betreibungsamt (vgl. act. 3 E. II.3. und E. II.4.).

### E. 2.3

Der Kläger stellt sich in seiner Beschwerde auf den Standpunkt, es liege eine Verletzung der gerichtlichen Fragepflicht nach Art. 56 ZPO vor und ihm sei eine Frist anzusetzen, um sein Begehren zu vervollständigen, namentlich entweder Urkunden ins Recht zu legen, die den Anforderungen von Art. 85 SchKG genügten, oder darzulegen, inwiefern die vom Kläger eingereichten Unterlagen den formellen Voraussetzungen gemäss Art. 85 SchKG zu genügen vermögen (vgl. act. 2).

#### **E. 2.4**

Der Kläger behauptete in seiner Klage, er habe die Forderung von Fr. 51'162.95 beim Betreibungsamt Birmensdorf und damit bei demjenigen Betreibungsamt bezahlt, bei welchem die Betreuung eingeleitet wurde (und das stimmt auch, wie sich aus dem neu eingereichten Betreibungsregisterauszug ergibt, vgl. act. 4). Wie die Vorinstanz richtig schreibt, erübrigt sich bei einer Bezahlung an das Betreibungsamt, wo die Betreuung eingeleitet wurde, eine Klage nach Art. 85 SchKG. In diesen Fällen ist es vielmehr Sache des Betreibungsamtes bzw. allenfalls der Aufsichtsbehörde, dafür zu sorgen, dass die Betreuung nicht weitergeht (vgl. BSK SchKG I-BODMER/BANGERT, Art. 85 N 17). Der Kläger hatte damit schon bei der Vorinstanz kein Interesse an einer Klage nach Art. 85 SchKG, umso weniger hat er ein Interesse an einer Fristansetzung zur Ergänzung der Klage. Auf die Beschwerde ist deshalb nicht einzutreten.

#### **E. 3**

In Anwendung von Art. 48 und Art. 61 Abs. 1 GebV SchKG ist die Spruchgebühr auf Fr. 400.– festzusetzen. Ausgangsgemäss ist sie dem unterliegenden Beschwerdeführer aufzuerlegen (vgl. Art. 106 Abs. 1 ZPO). Parteientschädigungen sind keine zuzusprechen; dem Beschwerdeführer nicht

- 4 - zufolge seines Unterliegens und der Beschwerdegegnerin nicht, weil ihr im vorliegenden Verfahren keine Aufwendungen entstanden, die zu entschädigen wären. Es wird beschlossen:

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.